

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 16

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Zusammenhänge

Tschernobyl  
neu  
bewertet

Mehr als zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl setzt in der Sowjetunion eine qualitativ neue Betrachtung der Verursachung ein: eine gesellschaftsbezogene. Und die Abrechnung mit der Atomkraft wird zu einer Abrechnung mit dem politischen System.

Eine geballte Ladung an diesbezüglichen Argumenten enthält das Interview mit dem Schriftsteller Ales Adamowitsch, welches die monatlich erscheinende deutsche Ausgabe von «Moscow News» in ihrer August-Nummer veröffentlicht hat.

Der «Laie, der viele Fachleute gehört hat», sprach unter anderm, kurz vor dessen Selbstmord, mit dem Atomphysiker Valeri Legassow, den man zur Bekämpfung der Katastrophenfolgen in Tschernobyl eingesetzt hatte. Legassow, Präsidiumsmitglied der Akademie der Wissenschaften, hat einen erschreckenden Befund über die Sicherheitslage der sowjetischen AKW hinterlassen (siehe Kommentar in ZeitBild, Nr. 13/1988).

Die Sowjetunion hat nach «Tschernobyl» an ihrem atomaren Ausbauprogramm festgehalten. Darauf nimmt Adamowitsch in der MN denn auch Bezug, und zwar so:

«Nach dem Unfall von Three Mile Island 1979 wurde in den USA kein einziges neues KKW mehr gebaut. Sogar zu 70 bis 80% fertiggestellte Anlagen wurden abgewrackt, oder der Bau wurde abgesetzt. Das gleiche gilt für die Bundesrepublik Deutschland, für Grossbritannien, Schweden, Spanien, die Schweiz, Kanada, Belgien – kein einziger Auftrag für ein KKW seit 1981. Wir dagegen ziehen inzwischen zehn weitere hoch! Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion ist buchstäblich mit ihnen gespickt: Litauen, Leningrad, Kursk, Smoljensk, Rowno, Saporoschje, Feodossia... Und so weiter.

Nein, ohne das Engagement der Öffentlichkeit kommen wir aus der endlosen Atombredouille nicht heraus. Die Kernenergetik geht heute ebenso wie die Möglichkeit eines Kernwaffenkrieges alle an. Das «friedliche» und das «kriegerische» Atom sind nach Tschernobyl in unserem Bewusstsein und auch in der Realität grundsätzlich kongruent.»

Das ist für sowjetische Verhältnisse schon allernst, aber was etwas später folgt, ist eigentlich umwerfend: Tschernobyl musste bei uns pas-

sieren, weil es hier keine politische Opposition gibt, die der Führung auf die Finger klopft. Hier die relevante Passage:

«Wären Tschernobyl und all seine entsetzlichen Folgen etwa möglich gewesen, wenn die wissenschaftliche Opposition das Recht auf offene Kritik an der unter dem ehemaligen Akademiepräsidenten Alexandrow blühenden und gedeihenden Richtung gehabt hätte? Natürlich nicht!

Es ist an der Zeit, auch die nicht leichte Frage zu lösen, wie in der Wissenschaft eine Situation geschaffen werden kann, in der die vorherrschende Richtung nicht gegen die Kontrolle durch die «Besiegten», gegen Kritik abgeschirmt ist, sondern im Gegenteil scharf im Visier behalten wird. Wie es in einer parlamentarischen Demokratie geschieht. Gerade die Regierungspartei hat es dort schwer, weil sie von allen kritisiert und jeder ihrer Schritte genau verfolgt wird.»

★

Das ist aus einer zentralen sowjetischen Quelle genau jene richtige Überlegung, der man sich im Westen bisher aus sozialismusschonendem Reflex verschlossen hat, obwohl sie von existentieller Wichtigkeit für eine Welt ist, die sich die Frage stellt, wie sie vor dem Atomtod zu bewahren sei.

In der ersten Nummer nach «Tschernobyl» hatten wir einen Kommentar unter dem Stichwort «Sozialismus verursacht Atomtod» veröffentlicht und gleich eingangs den dialektischen Bezug auf das in unserer Öffentlichkeit jahrelang akzeptierte Schlagwort «Die Profitgesellschaft verursacht den Atomtod» gemacht. Der inhaltliche Hauptgedanke (im ZeitBild vorher und nachher immer wieder vorgebracht) war der gleiche, den jetzt die «Moscow News» vorbringt: Eine Ordnung, welche die grüne Opposition verbietet, weil sie jegliche Opposition verbietet, ist als solche ein Verursachungsfaktor für Umweltkatastrophen. Das ist ganz einfach richtig. Dennoch hat uns die Feststellung bis in die besten Kreise hinein den Vorwurf eingetragen, wir seien geschmacklos nur darauf bedacht, aus einem tragischen Ereignis politisches Kapital zu schlagen.

Wir können unsern westlichen Zeitgenossen nur empfehlen, den Gedankenanstoss wenigstens jetzt aufzunehmen, da er aus der Sowjetunion kommt. Das sage ich ohne Rechthaberlust. Es geht nicht darum, dass wir in dieser Sache recht hatten; es geht um die Sache selbst.

Christian Brügger



Ales Adamowitsch, der Autor des besprochenen MN-Beitrags.

Liebe Leser

In diesen Tagen denken wir an die Tschechoslowakei von 1968 zurück. Dort nahm mit dem sowjetischen Truppeneinmarsch vom 21. August damals eine hoffnungsvolle Entwicklung ihr gewaltsames Ende. Das war die Konsequenz einer Unannehmbarkeit in den Augen der sowjetischen Führung, jeder denkbaren sowjetischen Führung in damaligen Verhältnissen.

Die Erinnerung an den Prager Frühling ist heute gegenwartsbezogener als irgendwann in der Zwischenzeit. Wir kommen heute mit einer ersten Würdigung (Seite 7) darauf zu sprechen; andere Beiträge werden folgen.

Der Vergleich zwischen Prag 1968 und Moskau 1988 ist nicht kleinlich zu ziehen. Man kann Ähnlichkeiten behaupten oder widerlegen: das ist weniger wichtig. Wichtig sind die jeweiligen Schritte in die gleiche Hauptrichtung: von der totalitären Ordnung weg auf eine offene Gesellschaft zu oder mindestens auf eine offenere Gesellschaft zu. Ein Reformkurs, für sich allein genommen noch lange nicht schlüssig, eingebettet in eine geistige Neuerung, die über die Messbarkeiten hinausgeht, das ist es, was die beiden Exempel miteinander verbindet.

Ein Unterschied betrifft die Möglichkeit und die Unmöglichkeit der Prognose. Vor zwanzig Jahren wussten wir nicht, welches genaue Ende dem Prager Frühling beschieden sein würde. Indessen wussten wir leider genau (und sagten es auch), dass es ein sowjetisch herbeigeführtes Ende mit Schrecken sein musste. Demgegenüber können wir nicht wissen, was aus der Perestrojka werden wird. Diese Ungewissheit gilt auch für die sowjetische Führung selbst. Bei einem echten Aufbruch spielt die Eigendynamik eine um so grössere Rolle, je weiter die Zeit fortschreitet. Nicht einmal die Folgen einer allfälligen Bremsung sind berechenbar, käme sie nun abrupt oder vermeintlich kontrolliert.

Unsere eigene Einstellung zu den Veränderungen brauchen wir uns freilich nicht von unsern Prognosen abhängig machen zu lassen. Es ist das Verhalten der kommunistisch geführten Staaten, das unser Verhältnis zu ihnen bestimmt. Wir haben uns angesichts des real bestehenden Sozialismus von keinem Soll-Sozialismus blenden lassen, und es ist bei diesem Wirklichkeitsbezug nur folgerichtig, wenn wir auch auf real stattfindende Veränderungen reagieren. Für den Moment heisst das: Wir hoffen auf den Erfolg der Perestrojka, unabhängig davon, ob wir ihn voraussehen oder nicht.

1968 kam für die Tschechoslowakei eigentlich nur eine Hoffnung wider besseres Wissen in Betracht. Heute ist die Hoffnung mit realen Erwartungen und realen Vorbehalten verbunden. Die unmittelbare Zukunft lässt uns an ihrer Spannung teilhaben. Christian Brügger